

Presseinformation

Nr. 364/2011

Kiel, Freitag, 01. Juli 2011

Kultur / UK S-H



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Kirstin Funke: Bei der Sanierung des UK S-H darf es keine Denkverbote geben

In ihrer Rede zu **Top 32** (Keine Vorfestlegung für eine Privatisierung der UKSH) sagt die hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Kirstin Funke**:

„Beim SSW und den Grünen ist keine Rede davon, dass sie sich eingehend mit den möglichen Modellen beschäftigen wollen. Prüfen, ob nicht doch eine Variante dabei ist, die allen Beteiligten helfen könnte und zu einer guten und tragfähigen Lösung führt? Nein, sie scheinen die Antworten auf die Probleme des Landes schon zu wissen, bevor sie alle Fakten kennen! Und das nennen sie verantwortliches politisches Handeln? Ich nicht.“ Nach den Vorstellungen der Grünen und des SSW solle es also so weitergehen wie bisher: weiterer Schuldenaufbau des Landes, da sie ja irgendwie den Sanierungsstau beim UKSH beseitigen und die Bedingungen für Forschung und Lehre verbessern müssten, so Funke.

Kürzlich erst habe das Parlament der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses vom 11. November 2010 zugestimmt. Hierin heißt es: *„Der Schleswig-Holsteinische Landtag anerkennt, dass die zwischen dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H), dem Land Schleswig-Holstein und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im April 2008 geschlossene ‚Anwendungsvereinbarung zur Zukunftssicherung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein‘ gemäß § 2 der Vereinbarung ‚bis zum 01.04.2015 keine Entscheidung für eine Ausgründung des Primärbereichs der Krankenversorgung des UK S-H im Wege einer materiellen Privatisierung‘ ermöglicht.“* Da der Antrag so kurz nach diesem Beschluss komme, scheine es, dass der SSW und die Grünen entweder ein unheimlich kurzes Gedächtnis hätten oder Beschlüsse des Landtages geringschätzten. Beides gereiche ihnen nicht zur Ehre, erklärt Funke.

„Die FDP-Fraktion wird die verschiedenen Modelle mit ihren Konsequenzen für alle Beteiligten sorgfältig nach Vorlage aller Fakten – d.h. auch nach Vorlage des Berichtes des Wissenschaftsrates – prüfen und abwägen. Bei uns wird es kein Denkverbot geben“, so Funke abschließend.